

I. Erläuterungen zum Antrag auf Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz BEEG

↓ Seite 1 des Antrages ↓

Elterngeld wird frühestens ab Geburt des Kindes und rückwirkend höchstens für die letzten drei Monate vor dem Monat der Antragstellung gezahlt.

Die Geburtsurkunde wird vom Standesamt mit dem Vermerk „Zur Beantragung von Elterngeld“ ausgestellt. Bei **Mehrlingsgeburten** bitte die Urkunde für jedes Kind einreichen, jedoch ist nur **ein** Antragsformular erforderlich.

Staatsangehörigkeit

Antragsteller, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, können Elterngeld erhalten, wenn sie im Besitz einer Niederlassungserlaubnis sind oder eine Aufenthaltserlaubnis besitzen, die zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt.

Anspruch haben Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, eines Vertragsstaates des Europäischen Wirtschaftsraumes (EU/EWR-Bürger) und der Schweiz, wenn die Freizügigkeitsberechtigung nicht entzogen wurde.

Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt / Arbeitsverhältnis

Der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt einer Person richtet sich nach den tatsächlichen Verhältnissen. Einen Wohnsitz hat jemand dort, wo er seine Wohnung hat, die er regelmäßig und gewohnheitsmäßig selbst benutzt. Kurzfristige und vorübergehende Aufenthalte (z. B. Urlaub, familiäre Gründe) genügen nicht. Den gewöhnlichen Aufenthalt hat jemand dort, wo er sich unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, dass er an diesem Ort oder in diesem Gebiet nicht nur vorübergehend verweilt. Besuchs-, Erholungs-, Kur- oder ähnliche private Aufenthalte gelten nicht.

In Fällen der Entsendung ohne inländischen Wohnsitz richtet sich die Zuständigkeit nach dem letzten inländischen Wohnsitz oder dem Sitz der entsendenden Stelle. Angehörige eines in Deutschland stationierten Mitglieds der Truppen oder des zivilen Gefolges eines NATO-Mitgliedstaates haben keinen Anspruch auf Elterngeld. Sie unterliegen den Bestimmungen des entsendenden Staates. Es gibt hier jedoch wenige Ausnahmen. Informieren Sie sich bitte in Ihrer Elterngeldstelle.

Steht ein Elternteil in einem Arbeitsverhältnis (auch Elternzeit) innerhalb der EU oder des EWR bzw. der Schweiz, ist ein Anspruch auf Familienleistungen gegenüber diesem Beschäftigungsstaat gegeben. Diese Leistungen sind mit dem Anspruch auf deutsches Elterngeld zu verrechnen.

Kindschaftsverhältnis zur Antragstellerin / zum Antragsteller

Grundsätzlich sind die leiblichen Eltern ihres Kindes anspruchsberechtigt. Beim Adoptivkind sind es die annehmenden Eltern. Nicht sorgeberechtigte Personen haben die schriftliche Einwilligung der sorgeberechtigten Person vorzulegen. Eine Unterschrift auf dem Antrag ist hierfür notwendig.

Unverheiratete Väter haben Anspruch auf Elterngeld erst ab Beantragung der Feststellung der Vaterschaft. Dies ist schon vor der Geburt des Kindes möglich (Nachweis vom Jugendamt). Der Anspruch besteht dann auch schon, wenn die Vaterschaftsfeststellung noch nicht entschieden ist.

In Adoptionspflege befindet sich ein Kind, das laut Bestätigung der Adoptionsvermittlungsstelle oder des Jugendamtes mit dem „Ziel der Annahme als Kind“ in Obhut genommen wird. Für Kinder in Adoptionspflege und adoptierte Kinder ist nicht der Zeitpunkt der Geburt, sondern der Zeitpunkt der Aufnahme des Kindes in den Haushalt der Beginn der Elterngeldzahlung. Der Anspruch endet jedoch spätestens mit der Vollendung des achten Lebensjahres des Kindes.

Anspruchsberechtigt sind auch Personen, die ein Kind des Ehegatten oder Lebenspartners einer eingetragenen Lebensgemeinschaft mit in den Haushalt aufgenommen haben.

Ein Antrag von Verwandten bis dritten Grades kann gestellt werden, wenn die Eltern aufgrund schwerer Krankheit, Schwerbehinderung oder gar Tod das Kind nicht betreuen können. Die übrigen Anspruchsvoraussetzungen müssen ebenfalls erfüllt sein.

↓ Seite 2 des Antrages ↓

Antragstellung

Die Eltern können beide gleichzeitig in einem Formular den Antrag stellen. Ein Elternteil kann einen späteren Antrag vorerst auch nur anmelden. Die Anmeldung stellt keine wirksame Antragstellung dar, sondern dient lediglich der Information.

Betreuung und Erziehung im eigenen Haushalt

Haushalt ist die Wirtschafts- und Wohngemeinschaft innerhalb der Familie. Die Voraussetzung der Aufnahme in die häusliche Gemeinschaft ist auch dann noch erfüllt, wenn aus einem wichtigen Grund die Betreuung und Erziehung des Kindes nicht sofort nach der Geburt aufgenommen werden kann oder unterbrochen wird (z.B. wegen eines Krankenhausaufenthaltes).

Weitere Kinder

Die Angabe der weiteren Kinder ist freiwillig, jedoch wegen eines eventuellen Erhöhungsbetrages erforderlich (**Geschwisterbonus**). Das Elterngeld erhöht sich um 10 %, mindestens um 75 Euro, wenn zwei Kinder unter 3 Jahren oder drei und mehr Kinder unter 6 Jahren in einem Haushalt mit der anspruchsberechtigten Person leben. Die Altersgrenze erhöht sich bis auf 14 Jahre bei Behinderung eines dieser Geschwisterkinder. Dies gilt nicht, wenn ein Erhöhungsbetrag aufgrund einer Mehrlingsgeburt zusteht. Hier erhöht sich das Elterngeld um 300 Euro für den zweiten und jeden weiteren Mehrling.

Für Kinder in Adoptionspflege und adoptierte Kinder ist auch dabei nicht der Zeitpunkt der Geburt, sondern der Zeitpunkt der Aufnahme des Kindes in den Haushalt maßgeblich.

Familienstand

Diese ergänzenden Angaben dienen der Übermittlung an das Statistische Bundesamt.

Angaben zur Krankenversicherung

Bei der Gesetzlichen Pflichtversicherung ist die Zeit während des Elterngeldbezuges beitragsfrei.

↓ Seite 3 des Antrages ↓

Festlegung des Bezugszeitraums

Das Elterngeld kann für mindestens 2 Monate und bis zu 12 Monate vom Tag der Geburt des Kindes bis zur Vollendung des 14. Lebensmonats bezogen werden. Für zwei weitere Monate (sogenannte Partnermonate) muss als Grundvoraussetzung eine Einkommensminderung gegenüber der Zeit vor der Geburt des Kindes vorliegen. Die Festlegung über die Dauer und Verteilung der beantragten Monate kann während des Bezuges geändert werden, jedoch nur für noch nicht ausgezahlte Beträge.

Die Monatsbeträge können durch die Eltern abwechselnd oder auch gleichzeitig bezogen werden. Zeiten gleichzeitiger Inanspruchnahme von Elterngeld führen dabei zu einem doppelten Verbrauch von Monatsbeträgen und zu einer entsprechenden Verkürzung des Bezugszeitraums.

Monate, in denen Mutterschaftsgeld oder vergleichbare Leistungen bezogen werden, werden auf den gesamten Anspruchszeitraum angerechnet.

Auf der Homepage des Bundesfamilienministeriums unter www.elterngeld-plus.de können Sie ausführliche Informationen zum Elterngeld Plus erhalten und unter www.familien-wegweiser.de/Elterngeldrechner Vergleichsrechnungen durchführen, um eine Entscheidung zu finden, welche Leistungsart für Sie persönlich geeignet ist. Folgende Leistungsarten sind möglich:

Basiselterngeld -> Elterngeld und die sogenannten Partnermonate

Elterngeld Plus -> anstatt eines Basiselterngeldmonats werden zwei Elterngeld Plus Monate in Anspruch genommen; zur Berechnung der Höhe siehe unter II. Berechnung des Elterngeldes

Partnerschaftbonusmonate -> vier zusätzliche Elterngeld Plus-Monate bei Teilzeittätigkeit beider Elternteile, sh. S.4

Sie können zwischen den einzelnen Leistungsarten wählen oder diese miteinander kombinieren. Für ein und denselben Monat kann von einer Person jedoch nur eine Leistung beantragt werden. Ab dem 15. Lebensmonat des Kindes können Elterngeld Plus-Monate und Partnerschaftsbonusmonate nur ohne Unterbrechung von zumindest einem Elternteil bezogen werden.

Alleinerziehende, die mehr als 12 Monate (Basis)Elterngeld beziehen möchten müssen nachweisen, dass sie die Voraussetzung für den Entlastungsbetrag nach § 24b Absatz 1 und 2 EStG (keine Haushaltsgemeinschaft mit einer anderen volljährigen Person) erfüllen und der andere Elternteil weder mit ihm noch mit dem Kind in einer Wohnung lebt.

In besonderen Ausnahmen kann ein Elternteil alleine mehr als 12 Monate (Basis)Elterngeld beziehen, nämlich wenn das Kindeswohl durch den anderen Elternteil gefährdet wäre oder dem anderen Elternteil die Betreuung durch eine schwere Krankheit unmöglich ist (Härtefallregelung).

↓ Seite 4 des Antrages ↓

Festlegung des Elterngeldes nach den verschiedenen Leistungsarten

Bitte kreuzen Sie hier gerne die gewünschten Monate an, falls die Angaben auf Seite 3 nicht ausreichen.

↓ Seite 5 des Antrages ↓ - Einkommensgrenzen für den Bezug von Elterngeld

Einkommen vor der Geburt des Kindes

Die Höhe des zustehenden Elterngeldes ergibt sich aus dem Erwerbseinkommen vor der Geburt des Kindes.

Eltern, die im maßgeblichen Zwölfmonatszeitraum vor Geburt des Kindes bzw. vor Beginn der Mutterschutzfrist nicht erwerbstätig waren, erhalten (Basis)Elterngeld in Höhe von 300 Euro monatlich oder wahlweise Elterngeld Plus in Höhe von 150 Euro monatlich.

Wurde in den zwölf Monaten vor Geburt des Kindes bzw. vor Beginn der Mutterschutzfrist steuerpflichtiges Einkommen aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit (auch Ausbildung) erzielt, wird das Elterngeld in Höhe von 67 Prozent des durchschnittlichen monatlichen (Netto) Erwerbseinkommens gezahlt (Höchstbetrag 1.800 Euro). Bei Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit wird zur Berechnung das letzte Veranlagungsjahr zugrunde gelegt. Wurde Einkommen aus nichtselbstständiger und selbstständiger Tätigkeit im Zwölf-Monatszeitraum oder im letzten steuerlich abgeschlossenen Veranlagungszeitraum erzielt, wird für beide Einkommensarten derselbe

Bemessungszeitraum zugrunde gelegt, nämlich der letzte Veranlagungszeitraum (i.d.R. das Kalenderjahr vor der Geburt des Kindes).

Einkommen nach der Geburt des Kindes

Eine wesentliche Anspruchsvoraussetzung für den Bezug von Elterngeld ist, dass im Bezugszeitraum keine oder keine volle Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Im Durchschnitt des Lebensmonats dürfen 30 Stunden wöchentliche Arbeitszeit nicht überschritten werden.

Der Besuch von Schule oder Hochschule sowie eine Beschäftigung zur Berufsbildung stellt keine volle Erwerbstätigkeit dar. Die Zeiten, in denen während einer Berufsausbildung, einem Studium etc. ein Erwerbseinkommen erzielt wurde, sind anzugeben.

Tagespflegepersonen im Sinne des § 23 SGB VIII, die nicht mehr als fünf Kinder in der Tagespflege betreuen gelten ebenfalls als nicht voll erwerbstätig.

Bei Lehrern richtet sich der Umfang der zulässigen Teilzeittätigkeit nach der Höhe der Pflichtstundenzahl. Als Erwerbstätigkeit gelten auch geringfügige oder kurzzeitige Beschäftigungen im Sinne der §§ 40 bis 40b des Einkommensteuergesetzes.

Soweit während des Elterngeldbezuges Erwerbseinkommen, Einkommen durch Gewinn oder Ersatzeinkommen (z. B. Arbeitslosengeld I, Krankengeld, Rente wegen Erwerbsminderung, Elterngeld für ein älteres Kind, Krankentagegeld aus privater Versicherung) bezogen wird, ist dieses Einkommen auf die Höhe des Elterngeldes anzurechnen.

Das Elterngeld wird als Einkommen bei der Gewährung von Arbeitslosengeld nach dem SGB II (Zahlung durch Jobcenter) angerechnet. Eventuell wird ein Freibetrag aufgrund einer vorherigen Tätigkeit gewährt.

Mutterschaftsgeld / Arbeitgeberzuschuss / vergleichbare Leistungen

Mutterschaftsgeld ist ein Einkommensersatz und wird somit auf das Elterngeld angerechnet. Das Gleiche gilt für den vom Arbeitgeber zu zahlenden Zuschuss zum Mutterschaftsgeld sowie für Dienstbezüge, Anwärterbezüge und Zuschüsse, die nach beamten- oder soldatenrechtlichen Vorschriften für die Zeit der Beschäftigungsverbote ab der Geburt zustehen. Auch dem Mutterschafts- oder Elterngeld vergleichbare ausländische Leistungen werden aus die Höhe des Elterngeldes angerechnet.

↓ Seite 6 des Antrages ↓

Hinweise / Mitteilungspflichten

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung zur Pflicht zur rechtzeitigen Mitteilung von Veränderungen in den persönlichen Verhältnissen nach § 14 BEEG in Verbindung mit § 60 SGB I als Ordnungswidrigkeit geahndet werden kann. Die Geldbuße hierfür kann bis zu 2.000 Euro betragen. Zu Unrecht ausgezahltes Elterngeld wird zurückgefordert und ist zu erstatten. Vorsätzliche Falschangaben können zur Strafanzeige führen.

II. Berechnung des Elterngeldes

Einkünften aus nichtselbständiger Erwerbstätigkeit

Berücksichtigt wird der monatliche steuerpflichtige Bruttolohn aus dem Zwölf-Monatszeitraum vor der Geburt (Bemessungszeitraum), der durch 12 geteilt wird. Zuvor wird der Arbeitnehmer-Pauschbetrag abgezogen. Der beträgt derzeit 1.000 Euro im Jahr, 83,33 Euro pro Monat.

Der Abzug der Steuern und der Sozialabgaben erfolgt in pauschalierter Form. Als Ergebnis erhält man das Elterngeld-Netto. Davon werden maximal 2.770 Euro berücksichtigt. Bei der Berechnung der Steuerabzüge werden dieselben Daten verwendet, die auch das Finanzamt verwendet.

Hat sich ein Abzugsmerkmal geändert, gilt das Abzugsmerkmal, welches in den überwiegenden Monaten gegolten hat. Die Abzugsmerkmale werden den Lohn- und Gehaltsbescheinigungen entnommen.

Nicht berücksichtigt werden Einkünfte, die nicht im Inland und nicht innerhalb eines EU/EWR-Staates versteuert werden. Steuerfreie Einkünfte, sowie Einkünfte, die lohnsteuerrechtlich als sonstige Bezüge behandelt werden (Sonderzuwendungen, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Abfindungen, einmalige Leistungsprämien, Tantiemen etc.), sind ebenfalls nicht zu berücksichtigen.

Einkünften aus selbstständiger Tätigkeit

Als Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit werden alle Gewinne aus selbstständiger Arbeit, aus einem Gewerbebetrieb und aus Land- und Forstwirtschaft berücksichtigt. Maßgeblich ist der Gewinn aus dem Gewinnermittlungszeitraum, der dem letzten abgeschlossenen steuerlichen Veranlagungszeitraum vor der Geburt des Kindes zugrunde gelegen hat. In der Regel handelt es sich um das Kalenderjahr vor der Geburt. Zusammen mit einer Prognose über den voraussichtlichen Gewinn während des Elterngeldbezuges wird dann das Elterngeld vorläufig gezahlt. Nach dem Ende der Elterngeldzahlung ist dann das tatsächlich erzielte Einkommen nachzuweisen. Es wird die Steuerklasse 4 (ohne Faktor) zugrunde gelegt.

Steuerermittlung

Ermittlung von Steuern, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuern

Die Ermittlung der Steuern erfolgt pauschaliert auf der Grundlage des am 01.01. des Kalenderjahres vor der Geburt des Kindes gültigen Programmablaufplanes (PAP) gem. § 39b Abs. 6 Einkommensteuergesetz.

Kirchensteuern werden einheitlich in Höhe von 8% der ermittelten Einkommensteuer errechnet, sofern die berechnete Person kirchensteuerpflichtig ist.
Die Steuerermittlung erfolgt einheitlich für Einkommen aus nichtselbständiger und selbständiger Arbeit.

Ermittlung der Abzüge für Sozialabgaben

Berücksichtigt werden nur Abgaben für gesetzliche Pflichtversicherungen bzw. der gesetzlichen Rentenversicherung vergleichbare Einrichtungen (z.B. Versorgungswerk). Folgende pauschalierte Abzüge werden vorgenommen:

- 9 Prozent für die Kranken- und Pflegeversicherung
- 10 Prozent für die Rentenversicherung oder eine vergleichbare Einrichtung
- 2 Prozent für die Arbeitslosenversicherung

Der Abzug erfolgt nur, wenn die berechnete Person in dem betreffenden Zweig der Sozialversicherung versicherungspflichtig ist, dann allerdings einheitlich für alle zu berücksichtigenden Einkunftsarten (nichtselbständige und selbständige Arbeit).

Das Elterngeld wird in Höhe von 67 Prozent des durchschnittlichen monatlichen (Netto)Erwerbseinkommens gezahlt, höchstens jedoch 1.800 Euro monatlich. Für den Fall, dass das maßgebliche (Netto)Erwerbseinkommen vor der Geburt des Kindes geringer als monatlich 1.000 Euro war, wird der Prozentsatz angehoben. In diesem Fall steigt das Elterngeld für je zwei Euro des Differenzbetrages zwischen dem maßgeblichen (Netto)Erwerbseinkommen vor Geburt des Kindes und 1.000 Euro von 67 Prozent um 0,1 Prozentpunkte auf bis zu 100 Prozent. War das maßgebliche (Netto)Erwerbseinkommen höher als monatlich 1.200 Euro, sinkt der Prozentsatz von 67 Prozent um 0,1 Prozentpunkte für je 2 Euro, um die das Einkommen den Betrag von 1.200 Euro überschreitet, auf bis zu 65 Prozent. Bei Mehrlingsgeburten erhöht sich das Elterngeld für das zweite und jedes weitere Kind um 300 Euro. Leben noch weitere Kinder im gemeinsamen Haushalt steht je nach Alter eventuell ein Geschwisterbonus in Höhe von 10 % des errechneten Elterngeldbetrages zu, mindestens aber 75 Euro.

Anrechnung anderer Leistungen / Einkommen im Elterngeldbezug

- Mutterschaftsgeld und der vom Arbeitgeber zu zahlende Zuschuss zum Mutterschaftsgeld und
- Dienstbezüge, Anwärterbezüge und Zuschüsse, die nach beamten- oder soldatenrechtlichen Vorschriften für die Zeit der Beschäftigungsverbote ab der Geburt zustehen, werden auf das Elterngeld angerechnet.

Auch vergleichbare ausländische Leistungen werden angerechnet, sowie Entgeltersatzleistungen oder Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung (ausgenommen Hinterbliebenenrenten wie Witwen- und Waisenrenten). Der Mindestbetrag von 300 Euro (Basis)Elterngeld bleibt anrechnungsfrei erhalten. Bei Mehrlingsgeburten erhöht sich der anrechnungsfreie Betrag um je 300 Euro für jedes weitere Kind.

Entgeltersatzleistungen, die auf das Elterngeld anzurechnen sind, sind z. B. Mutterschaftsleistungen vor und nach der Geburt eines weiteren Kindes, Elterngeld für ein älteres Kind, Arbeitslosengeld I, Krankengeld, Krankentagegeld aus privater Versicherung, Versorgungskrankengeld, Kurzarbeitergeld, Winterausfallgeld, Insolvenzgeld, Berufsausbildungsbeihilfe für Arbeitslose, Arbeitslosenbeihilfe, Übergangsgeld, Überbrückungsgeld, Übergangsbeihilfe, Verletztenrente, Erwerbsminderungsrente, Altersrente, Verdienstausschlagentschädigung, Existenzgründungszuschuss, vergleichbare ausländische Leistungen.

Übt der anspruchsberechtigte Elternteil im Bezugszeitraum eine zulässige Erwerbstätigkeit (höchstens 30 Wochenstunden im Durchschnitt des Lebensmonats) aus, wird das Elterngeld aus der Differenz des vor der Geburt erzielten durchschnittlichen Elterngeld-(Netto)-Erwerbseinkommens, höchstens jedoch 2.770 Euro monatlich, und des im Bezugszeitraum erzielten Elterngeld-(Netto)-Erwerbseinkommens errechnet. Einkommen, das während des Elterngeldbezuges fließt ohne dass eine Erwerbstätigkeit ausgeübt wird, wie z. B. Entgelt bei Erholungsurlaub, Sach- und Dienstleistungen (wie etwa beim Dienstwagen), Gewinn aus Gewerbe (auch aus Photovoltaikanlagen), wird bei der Berechnung mit berücksichtigt. Die Abzugsmerkmale für Steuern und Sozialabgaben bestimmen sich wie oben beschrieben.

Elterngeld Plus ist hauptsächlich für Eltern konzipiert, die während des Bezuges von Elterngeld einer Teilzeittätigkeit nachgehen möchten. Es kann aber auch ohne Teilzeittätigkeit in Anspruch genommen werden. Statt für einen Monat (Basis)Elterngeld zu beanspruchen, kann jeweils für zwei Monate Elterngeld Plus bezogen werden. Das Elterngeld Plus beträgt monatlich höchstens die Hälfte des (Basis)Elterngeldes, das zustünde, wenn während des Elterngeldbezuges keine Einnahmen im Sinne des § 2 oder des § 3 BEEG erzielt würden.

Beispiel:

Monatliches Einkommen vor der Geburt: 1.400 €, monatliches Einkommen aus Teilzeittätigkeit während des Bezugszeitraums: 560 €

(Basis)Elterngeld (ohne Teilzeittätigkeit): 1.400 € (Einkommen vor der Geburt) → davon 65% = 910 €/Monat

(Basis)Elterngeld (mit Teilzeittätigkeit): 1.400 € (Einkommen vor der Geburt) - 560 € (Einkommen aus Teilzeittätigkeit) = 840 € → davon 65% = 546 €/Monat

Elterngeld Plus steht in diesem Falle in Höhe von monatlich 455 € zu, also höchstens der Hälfte des (Basis)Elterngeldes ohne Teilzeittätigkeit (910 € / 2 = 455 €), jedoch über die doppelte Laufzeit.

Bei der Zahlung von Elterngeld Plus halbieren sich:

1. der Mindestbetrag,
2. der Mindestgeschwisterbonus,
3. der Mehrlingszuschlag sowie
4. die von der Anrechnung freigestellten Elterngeldbeträge nach § 3 Absatz 2 BEEG.

Die Partnerbonusmonate werden wie Elterngeld Plus-Monate berechnet und nur in dieser Form ausgezahlt.